

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Februar 2023

Grussbotschaft vom
neuen Bundesrat
Albert Rösti

Seite 3



Interview mit der
Programmchefin
Esther Friedli

Seite 6



Die Integrations-
industrie profitiert
von den Steuerzahlern

Seite 13



Die masslose Zuwanderung und der Strommangel sind eine

Zeitbombe für die Schweiz!

... und nur die SVP
kämpft dagegen!



Für eine sichere Energieversorgung - Asylmissbrauch stoppen!

Die Mitte-Links-Mehrheit macht die Schweiz kaputt. Wenn wir gemeinsam alles geben, können wir die dringend nötige bürgerliche Wende schaffen.

Wir befinden uns mitten in einer schweren Energiekrise. Und was tun FDP, Mitte und die Linksrünen? Sie verabschieden ein neues Energiegesetz, das die Krise noch massiv verschärft. Heizöl, Benzin, Diesel und Gas sollen verboten werden.

Dadurch steigt der Stromverbrauch massiv, weil Autofahren und Heizen nur noch elektrisch möglich sein werden. Dabei haben wir heute schon zu wenig Strom!

Gleichzeitig treibt das verlogene und teure Energiegesetz die Kosten in die Höhe. Darunter leiden vor allem ärmere Haushalte, Mieter und Familien. Mehr bezahlen müssen aber auch die Hausbesitzer, die Auto-, Lastwagen- und Töff-Fahrer sowie das Gewerbe – kurz: wir alle!

Die SVP hat erfolgreich das Referendum gegen das Energiegesetz ergriffen. Dafür danke ich Ihnen allen. Doch wir dürfen jetzt nicht zurücklehnen. Wir müssen alles daransetzen, dass wir die Volksabstimmung im Juni gewinnen. Das ist umso wichtiger, als wir uns in einem eidgenössischen Wahljahr befinden.



Asylmissbrauch stoppen

Das zweite grosse Thema ist die masslose Zuwanderung und das gescheiterte Asylsystem. Jedes Jahr kommen Zehntausende, die meist direkt in unsere Sozialwerke einwandern. Und es kommt noch schlimmer: Der Bund rechnet für 2023 mit bis zu 40'000 neuen Asylgesuchen. Gleichzeitig verzeichnete der Schweizer Grenzschutz im vergangenen Jahr den Rekordwert von 52'000 Illegalen.

Die SVP ist die einzige Partei, die Lösungen für diese Probleme präsentiert. Die Schweiz muss – wie es dem Volkswillen

entspricht – die Zuwanderung wieder selber steuern und kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen. Es darf kein Asyl für Asylschmarotzer geben! Wir kämpfen deshalb für einen Systemwechsel: Die Asylverfahren sollen nicht mehr in der Schweiz durchgeführt werden, sondern zum Beispiel in Afrika. Wetten, dass die Zahl der Asylgesuche auf diese Weise drastisch zurückgehen wird?

All dies ist aber nur möglich, wenn die fal-

schen Politiker abgewählt werden und die SVP stärker wird. Auf dem Spiel steht viel – nämlich das Erfolgsmodell unseres einzigartigen Landes. Kämpfen wir gemeinsam für eine sichere und freie Schweiz! Ich danke Ihnen herzlich für Ihren Einsatz.

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz

Danke für die Unterstützung und das Vertrauen

Seit Anfang Jahr darf ich als Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wirken. Mit dem Infrastrukturdepartement wurde mir eine grosse Verantwortung übertragen. Ich gehe diese mit viel Respekt, aber ebenso mit Tatendrang an.



von Albert Rösti
Bundesrat, Vorsteher
UVEK, Uetendorf (BE)

Zum Zeitpunkt, als diese Zeilen geschrieben werden, bin ich erst wenige Wochen im Amt. Für einmal will ich diesen Platz deshalb weniger für eine politische Botschaft als vielmehr für ein persönliches Dankeschön an die Partei benutzen. Ich durfte bereits verschiedene politische Funktionen ausüben, weil mir die Partei stets das Vertrauen geschenkt hat. Dies war auch bei der Nomination als Bundesratskandidat durch die SVP-Fraktion der Fall.

Dank der einwandfreien Vorbereitung und Begleitung der Bundesratswahlen durch die Partei- und Fraktionsleitung verlief diese ohne Zwischentöne. Die Ausmarchung hat einem fairen Wettbewerb entsprochen. Dafür hat besonders auch mein Mitbewerber, alt Nationalrat Prof. Dr. Hansueli Vogt, gesorgt, dessen staatsmännisches Verhalten mir vor, während und nach der Wahl ein grosses Vorbild ist. Ich danke Hansueli für die tolle Kollegialität während unseren Auftritten im Vorfeld der Wahlen und ebenso den Parteiverantwortlichen für die grosse Arbeit bestens.

An Spannung wird es nicht mangeln

Ich bin mir bewusst, dass ich mir nun eine grosse Verantwortung aufgeladen habe. Auch wenn ich nach 11 Jahren als Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie das wohl politisch umstrittenste Dossier, die Energieversorgung, einigermaßen kenne, muss ich mich aufgrund der fachlichen Breite des Departements in viele Gebiete von Grund auf einarbeiten.

fahrt und Kommunikation wird es nicht mangeln. Hinzu kommen die Kontakte zu den bundesnahen Betrieben SBB, Post, Swisscom und Skygide, bei denen der Bund Hauptteigener ist, aber ebenso die Zusammenarbeit mit der SRG, was die Rahmenbedingungen anbelangt.

Die Erwartungen, die an mich in diesen Bereichen gestellt werden, sind hoch. Ich werde alles in meiner Kraft Ste-



Bundesrat Albert Rösti wurde bei den Bundesratswahlen am 7. Dezember 2022 bereits im ersten Wahlgang deutlich gewählt. Als Vorsteher des Energiedepartements wird es ihm ein Anliegen sein, die Versorgung der Schweiz mit erschwinglicher Energie sicherzustellen.

Eines ist sicher, an Spannung in den durch das UVEK abgedeckten Fachgebieten, Raumplanung, Energie, Umwelt, Öffentlicher Verkehr, Strassen, Zivilluft-

hende dafür einsetzen, die Erwartungen zu erfüllen. Für die dafür notwendige Unterstützung und das Vertrauen danke ich im Voraus bestens.

Auf Importe ist kein Verlass

Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz nimmt ab. Schuld sind die Zuwanderung und eine übertriebene Ökologisierung. Dabei dürfen wir uns nicht einseitig auf Importe verlassen.



von Martin Haab
Nationalrat und Landwirt
Mettmenstetten (ZH)

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns eindrücklich, wie fragil Versorgungslagen sein können. Von einem Tag auf den anderen hat sich ein ganzer Kontinent die Frage stellen müssen, wie man die Energieversorgung sichert. Beantwortet ist die Frage bis heute nicht und sie zeigt: Wenn es um Grundlegendes geht, sollte man sich nicht gänzlich auf Importe verlassen. Leider war diese Sensibilität in den vergangenen Jahren in Politik und Wirtschaft nicht vorhanden.

Wir steuern auf eine 10-Millionen-Schweiz zu und damit auf weitere grosse Herausforderungen für die eigene Versorgung. Gemäss dem im November erschienenen Agrarbericht 2022 ist der Selbstversorgungsgrad über alle Lebensmittel betrachtet rückläufig: Die Bevölkerung wächst schneller als die landwirtschaftliche Produktion. Keine gute Entwicklung. Dies findet auch die Bevölkerung: Eine ebenfalls im Agrarbericht 2022 enthaltene Umfrage zeigt, dass man sich hierzulande eine Landwirtschaft wünscht, die im Not-

fall die Versorgungssicherheit gewährleisten kann.

Dies sieht auch der Bundesrat so, der Selbstversorgungsgrad könne nur gehalten werden, «wenn die Landwirtschaftsböden quantitativ und qualitativ erhalten bleiben, der technische Fortschritt umgesetzt wird», schreibt er. Gleichzeitig nehmen behördliche Auflagen und Verbote zu. Beispielsweise

dass der Bundesrat die Stossrichtung unserer Agrarpolitik überdenken muss. Aber nichts ist geschehen. Die Mehrheit der Politik will den eingeschlagenen Weg der übertriebenen Ökologisierung und den damit einhergehenden Verlust von Selbstversorgung um keinen Preis verlassen. Die vor kurzer Zeit in den Medien noch allgegenwärtige «globale Ernährungs Krise» scheint bereits wieder in Vergessenheit geraten zu sein.



Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz sinkt und wir müssen immer mehr Lebensmittel aus dem Ausland importieren. Im Jahr 2023 werden weniger als 50% dessen, was in der Schweiz konsumiert wird, in unserem Land produziert. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, die die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung gefährdet. Die SVP setzt sich für eine produzierende Schweizer Landwirtschaft ein.

beim Pflanzenschutz, wo für verbotene Mittel keine Ersatzprodukte zur Verfügung stehen. Oder wie im Kanton Zürich, wo fruchtbare Ackerböden zu Magerstandorten umgewandelt werden sollen.

Agrarpolitik überdenken

Die SVP hat kurz nach Ausbruch des Ukraine Konflikts darauf hingewiesen,

Der Schein aber trügt. Der russische Angriffskrieg hat grosse Teile der Landwirtschaft in der Ukraine vernichtet. Die weltweite Lebensmittelversorgung ist durch die Wirren dieses Krieges wieder auf Feld eingelandet. Es ist nicht daran zu denken, dass die Ukraine, die einstmalige Kornkammer der Welt, ihr Produktionspotential in den kommenden Jahren nutzen kann.

Umso mehr täte die Schweiz gut daran, den verfassungsmässigen Grundauftrag an unsere Bauern nicht zu vernachlässigen – nämlich eine Versorgung der heimischen Bevölkerung mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln. Doch die Mehrheit der Schweizer Politiker wandelt weiter in ihrer ökologischen Traumwelt. Das Erwachen aus diesem Traum wird ähnlich unsanft sein wie bei der Energiekrise.

Nein zum teuren und verlogenen Energiegesetz!

Die SVP hat fast 104'000 Unterschriften gegen das neue Energiegesetz von Mitte-Links eingereicht. Damit hat das Volk am 18. Juni 2023 das letzte Wort.



von Michael Graber
Nationalrat und Präsident
Referendumskomitee
Brig (VS)

Nachdem es zu Beginn der Unterschriften-Sammlung noch gehapert hatte, hat die SVP im Alleingang und in Rekordzeit mehr als doppelt so viele Unterschriften wie nötig gesammelt. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die SVP zusammengestanden ist und von der Bundeshausfraktion über die Kantonalparteien bis hin zu den Ortssektionen alle am gleichen Strang gezogen haben. Euch allen ein herzliches Vergelt's Gott für eure grosse Arbeit und euren unermüdlichen Einsatz!

Das deutlich zustande gekommene Referendum zeigt klar: In der aktuellen Strom-Krise wollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kein Verbot von Benzin- und Diesel-Autos und diese mit Elektroautos ersetzen. Sie wollen auch nicht funktionierende Öl- und Gas-Heizungen herausreissen müssen und gezwungen werden, Wärmepumpen zu installieren.

Wer soll das alles bezahlen?

Mit diesem verlogenen Klimaschutz-Gesetz soll unser Land bis im Jahr 2050 «Netto Null» Treibhausgasemissionen aufweisen. Stand heute ist das nur möglich, wenn die fossilen Energieträger wie Heizöl, Benzin, Diesel und Gas verboten werden. Das würde dazu führen, dass wir rund doppelt so viel Strom wie heute brauchen werden. Aber bereits heute haben wir eine akut drohende Strommangellage, trotz fossiler Energieträger und obwohl vier Kernkraftwerke (noch) am Netz sind. Daher ist das verlogene Kli-

maschutzgesetz in Tat und Wahrheit ein Stromfresser-Gesetz!

Diese Erhöhung des Strombedarfs wird durch das Heizungsersatzprogramm mit 2 Milliarden Franken Steuergeldern gar noch subventioniert! Weitere 1.2 Milliarden sind für Forschungsprojekte vorgesehen. Dabei lässt

ihren Wohlstand und ihre Wettbewerbsfähigkeit opfern, um vor der Welt gut dazustehen. Uns wird vorgaukelt, dass sich mit diesem Gesetz von der Schweiz aus der Klimawandel weltweit beeinflussen lässt. Dabei spielt sich das Klima global ab – die Schweiz ist lediglich für ein Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich.



Am 19. Januar reichten die Mitglieder des Referendumskomitees, angeführt von Michael Graber (mit dem Karton mit dem Walliser Wappen), fast 104'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern ein. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 18. Juni 2023 statt.

sich technologischer Fortschritt niemals durch ein Gesetz erzwingen. Diese insgesamt 3.2 Milliarden Franken sind aber noch lange nicht die ganze Rechnung. Insgesamt würde der Umbau zu «Netto Null» sage und schreibe mindestens 347 (!) Milliarden Franken kosten! Wer soll diese verantwortungslose Politik bezahlen?

Linke opfern Wohlstand

Die Schweiz würde mit diesem Gesetz als Musterschülerin einmal mehr

Nach dem kopflosen Ausstieg aus der Kernenergie soll der Bevölkerung nun der kopflose Ausstieg aus den fossilen Energieträgern untergejubelt werden. Und das ohne jede Mitsprache: Denn der Bundesrat erhält eine Art Generalvollmacht, damit er zu einem späteren Zeitpunkt auf dem undemokratischen Verordnungsweg zahlreiche Massnahmen zur Umerziehung der Bevölkerung und Wirtschaft anordnen kann. **Das gilt es am 18. Juni 2023 auf jeden Fall mit einem NEIN zu verhindern.**

Delegierte der SVP Schweiz fordern konsequente Ausschaffung von illegalen Ausländern

Die Delegierten der SVP Schweiz haben an ihrer Versammlung in Bülach (ZH) einstimmig das neue Parteiprogramm «Für eine sichere Zukunft in Freiheit» verabschiedet. Dabei haben sie wichtige Forderungen im Bereich der illegalen Zuwanderung, dem Verkehr und der Volksschule ins Parteiprogramm aufgenommen: Illegale Ausländer sind endlich konsequent auszuschaffen, der integrative Schulunterricht ist abzuschaffen und die Schikanen gegenüber Autofahrern sind endlich zu stoppen.



«Wir verteidigen die Freiheit der Bürger und der Schweiz»



Nationalrätin Esther Friedli (Bild) über das neue Parteiprogramm – und wie wir es im Wahlkampf wirkungsvoll einsetzen.

Frau Friedli, welche Schwerpunkte setzt die SVP in ihrem neuen Parteiprogramm?

Wir setzen den Schwerpunkt auf unsere bekannten Themen: die Freiheit und die Sicherheit. Wir verteidigen die Freiheit der Bürger und der Schweiz. Und wir wollen die Sicherheit erhöhen – mit einer einsatzfähigeren Armee, einer Neukonzeption des Asylsystems, einer zuverlässigen, eigenen und genügenden Energie- und Stromversorgung und einem höheren Selbstversorgungsgrad in der Landwirtschaft.

Neu ist auch ein Kapitel über den Gender-Terror und Woke-Wahnsinn. Wie können wir diese intoleranten Bewegungen stoppen?

Wir stellen vor allem in den links-grünen Städten fest, dass eine kleine Minderheit, die für sich in Anspruch nimmt, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen, einer Mehrheit ihre Meinung aufzwingen will. Dagegen müssen wir entschieden antreten. Unser Fokus muss

dabei sein, dass staatlichen Institutionen, die dies fördern, die öffentlichen Gelder entzogen werden.

Damit das Parteiprogramm nicht nur Papier bleibt – was fordern Sie von den Mitgliedern und Amtsträgern der SVP?

Die Mandatsträger sind gefordert, sich in politischen Diskussionen grundsätzlich nach den Forderungen des Parteiprogramms zu verhalten und unsere Positionen überall einzubringen. Und es ist auch eine Richtschnur für mögliche Vorstösse in den Parlamenten.

Wie kann das Parteiprogramm wirksam im Wahlkampf eingesetzt werden?

Das Parteiprogramm zeigt den Wählern auf, wofür die SVP steht und sich einsetzt. Das macht uns greifbar und verlässlich. Und es hilft auch unseren Kandidaten, damit sie sich rasch zu allen wichtigen politischen Themen einen Überblick verschaffen können.

Die Märchenstunde in der Energiepolitik wird fortgesetzt

Das sogenannte Klimaschutzgesetz ist ein Etikettenschwindel, denn es würde den Stromverbrauch in der Schweiz nochmals stark erhöhen. Auch wenn wir punkto Stromversorgung voraussichtlich gut durch diesen Winter kommen, sind die Probleme mittelfristig nicht gelöst. Dank dem Referendum der SVP können wir nun über dieses gefährliche Gesetz abstimmen.



von Mike Egger
Nationalrat
Berneck (SG)

Das neue Gesetz hätte weitreichende Konsequenzen. So müssten beispielsweise bald alle fossilen Heizungen ersetzt werden, und auch beim Strassenverkehr würden langfristig die Verbrennungsmotoren der Vergangenheit angehören. Beide Massnahmen würden den Stromverbrauch massiv erhöhen. Strom, welcher uns heute schon fehlt.

In den Jahren 1980-2001 musste gerade einmal während 8 Wintern Strom importiert werden, zwischen 2001 und 2022 jedoch waren wir bereits während 19 Wintern auf Importe angewiesen.

Sogar für den Gesetzestitel wurde in Bern in die Trickkiste gegriffen und über Nacht vor der Schlussabstimmung wurde dieser angepasst und salonfähig für die Abstimmung gemacht.

Verschandelung der Landschaft verhindern

Die in Zukunft verbotenen Energieträger sollen durch Strom ersetzt werden. Woher der zusätzliche Strom kommen soll, ist offen. Die Profiteure der steuerfinanzierten «grünen Industrie» sprechen in ihren Visionen von der Überbauung gigantischer Naturflächen mit Sonnenkollektoren und dem Bau von mehreren Hunderten riesigen Windrädern.

Die «Energiestrategie 2050», welche gemäss den Befürwortern den Strom liefern soll, ging von Voraussetzungen aus, die sich schon jetzt als Illusion erwiesen haben. So wurde beispielsweise mit einer Bevölkerung von 9 Millionen bis 2050 gerechnet. Diese Zahl haben wir aber bereits jetzt erreicht. Das errechnete Potenzial für alle geplanten Windanlagen beträgt 4.3 TWh. Wenn die Bevölkerung weiterhin so wächst, wird der Mehrbedarf an Strom aufgrund der Zuwanderung im gleichen Zeitraum auf 5.3 TWh steigen. Der dazugehörige Verbrauch von wertvollem Landwirtschaftsland wäre verheerend, denn schon heute kämpfen die Schweizer Bauern mit immer kleiner werdenden Anbauflächen.

Auf Stromimport ist kein Verlass

Der Stromimport wird keine gangbare Lösung sein, da auch unsere Nachbarländer auf eine Strommangelzone zusteuern. Viele EU-Länder planen aus der Kohleenergie und der Kernenergie auszusteigen und gefährden damit ihre Stromversorgung. Unsinnig ist, dass dieselben Politiker in Bern, welche dieses Mogelgesetz unterstützen, gleichzeitig Kohlestrom aus der EU in die Schweiz im-

portieren möchten. Der realitätsfremde Umbau der Energieversorgung verursacht Kosten von rund 347 Milliarden Franken. Bezahlen müssten das die Hausbesitzer und Mieter, die Auto-, Lastwagen- und Töff-Fahrer, die Familien und Gewerbler, kurz: alle, die Steuern bezahlen oder Güter des täglichen Lebens in der Schweiz konsumieren.

Die Moral der Geschichte: Mitte-Links schreibt Ziele in das Gesetz, ohne zu wissen, wie diese konkret umgesetzt werden sollen. Ganz nach dem Motto – Papier nimmt alles an!

Ich hoffe, das Schweizer Stimmvolk wird nicht auf diese Mogelpackung hereinfallen und das Gesetz am 18. Juni an der Urne deutlich versenken!



Die SVP will die wunderschöne Natur unseres Landes, wie hier in der Region des Vierwaldstättersees, nicht opfern. Um die Schweiz und ihre Landschaften zu schützen, braucht es am 18. Juni ein NEIN zum Stromfresser-Gesetz.

Das Energiegesetz muss abgelehnt werden!

Weg vom Heizöl, weg vom Gas, weg von Diesel und Benzin – und bitte alles erneuerbar. Das verlangt eine Mehrheit aus Links, Grün und Mitte mit dem neuen Energiegesetz. Diese ideologischen Träumereien werden an der Realität brutal zerschellen. Leidtragende wären einmal mehr das Volk, die Wirtschaft und die Landschaft.



von Monika Rüegger
Nationalrätin
Engelberg (OW)

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) hat gerechnet: Wollte die Schweiz bis 2050 klimaneutral werden, kämen sage und schreibe 347 Milliarden Franken an Investitionskosten auf uns zu. Für den Zubau von Sonnen-, Wind-, Wasser- und sonstigen erneuerbaren Energien. Das sind 12,9 Milliarden jährlich, und zwar bis ins Jahr 2050. Oder rund 1'400 Franken pro Kopf und Jahr, vom Baby bis zum Senior. Die Stromkosten dürften sich laut einer ETH-Studie zudem verdreifachen.

Das Wintermärchen der Stromspeicherung

Doch die Sonne liefert a) Schönwetterstrom und die Schweiz ist b) kein Windland. An nebligen Tagen, nachts und bei Windstille gibt es keinen Strom. Die viel und gern genannte Batteriespeicherung ist leider keine Alternative. Einerseits aufgrund knapper Vorkommnisse

an Lithium – bis 2030 fehlen geschätzte 300'000 Tonnen –, andererseits aufgrund der enormen Mengen an Sonderabfällen bei der Entsorgung.

Fakt ist: Die heutige Speicherkapazität aller Batterien der Welt deckt gerade mal 1 Minute und 15 Sekunden des weltweiten Strombedarfs ab. Eine Verzehnfachung der Speicherkapazität bis 2030 würde 11 Minuten

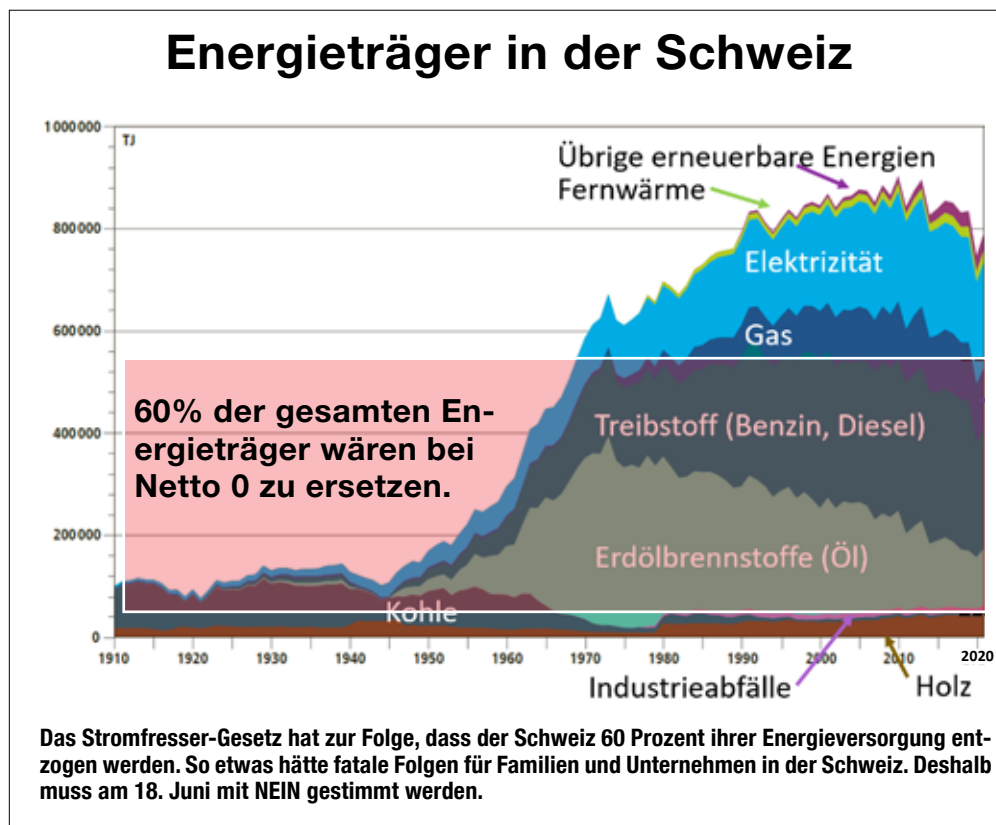
bauen mit 150'000'000 m² an Solarpanels, über 3'000 Grosswindanlagen und 30 neu gefluteten Tälern für Stauseen; alle so gross wie der Grimselstausee.

Es drohen Verarmung und Arbeitslosigkeit

Gewerbe und Industrie sind das ganze Jahr auf garantierten Bandstrom angewiesen. Auf Strom, den sie finanzieren können. Mit dem geplanten Energie-

gesetz – tatsächlich ist es ein Stromfresser- und Verarmungsgesetz – werden einheimische Arbeitsplätze von Links-Grün-Mitte unverantwortlich und kopflos aufs Spiel gesetzt.

Wir dürfen unsere einmalig schöne Landschaft nicht verschandeln und blind ideologiegetrieben mit Windrädern, Solarpanels und Hochspannungsleitungen verbauen. Wir brauchen bezahlbare, saubere und sichere Energie.



Speicherkapazität des Weltverbrauchs decken. Wenig erbauliche Aussichten.

Zur Erreichung der Klimaziele wären zusätzliche 60% der heutigen Stromproduktion nötig, mindestens 40 TWh. Auch das ist komplett unrealistisch. Ausser man will die Schweiz zu-

Dies geht nur mit einem Mix aus Wasserkraft, Kernenergie neuester Technologien und dem vernünftigen Einsatz erneuerbarer Energien.

Darum braucht es ein überzeugtes Nein zum verlogenen und gefährlichen Energiegesetz am 18. Juni 2023!

Das Energiegesetz ist ein Angriff auf die Schweiz

Am 18. Juni werden wir über das teure und verlogene Energiegesetz von Mitte-Links abstimmen. Ein Ja hätte verheerende Folgen für den Werkplatz Schweiz und für unseren Wohlstand.



von Christian Imark
Nationalrat
Fehren (SO)

Letzten Herbst haben National- und Ständeräte das sogenannte «Bundesgesetz über den Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» gezimmert, als indirekten Gegenvorschlag zur «Gletscher-Initiative». Der Schwindel beginnt schon beim Titel der Initiative. Mit «Gletscher» hat sie genauso wenig zu tun wie der indirekte Gegenvorschlag mit «Innovation» oder der «Stärkung der Energiesicherheit». Das Gegenteil ist der Fall. Die Energiesicherheit wird mit dem neuen Gesetz regelrecht an die Wand gefahren. Und der Mittelstand wird für die weiter ansteigenden Energiepreise bluten müssen.

Angriff auf den Wohlstand

Wider besseres Wissen und trotz aller negativen Erfahrungen einer komplett verfehlten Energiepolitik, spielen bei uns noch immer die gleichen Mitte-Links-Mehrheiten wie seit 12 Jahren. Im Hintergrund agiert die linke Staatsprofiteure-Lobby, die ihren Profit mit immer dreisteren Forderungen ausdehnt und so den Werkplatz Schweiz und unseren Wohlstand gefährdet. Das Unheil begann, als sich diese Lobby den Zugang zur damaligen Energieministerin Doris Leuthard verschaffte und als Folge der Kernenergie – dem wichtigsten Pfeiler der schweizerischen Energieversorgung – den Todesschritt versetzte.

Angriff auf die Heizungen

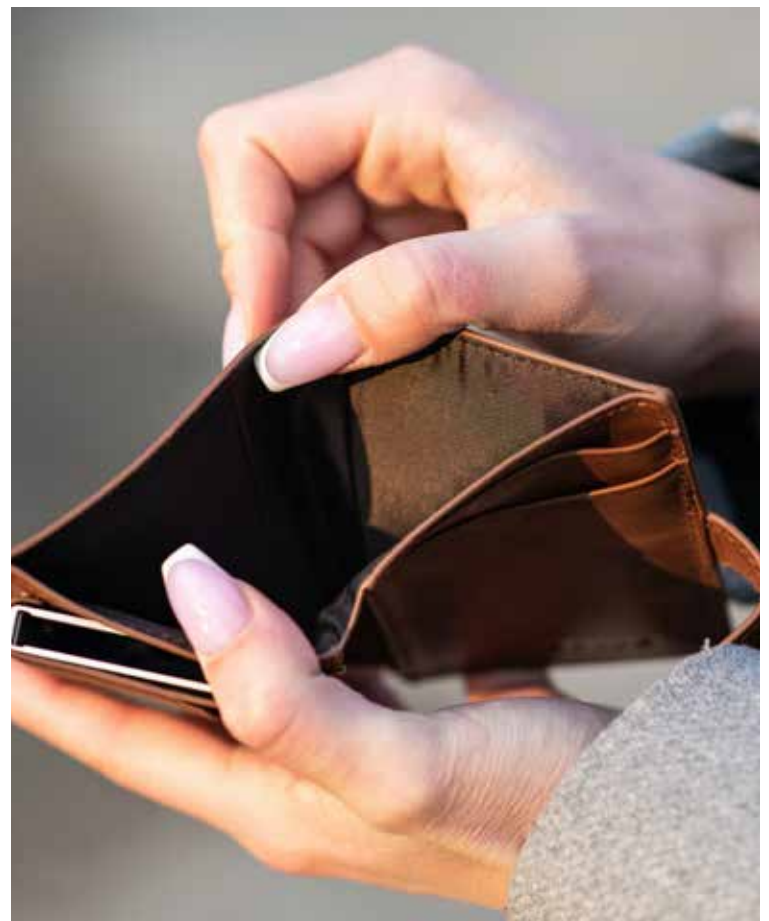
Heute ist dieser Ausstieg weiter weg als jemals zuvor, denn die Schweiz kann un-

ter keinen Umständen auf rund die Hälfte der Stromversorgung eines Wintermonats verzichten. Dass auch die Digitalisierung und die weiterhin stark ansteigende Bevölkerungszahl den Stromverbrauch in die Höhe treiben, ist eine weitere Tatsache. Nun soll mit dem neuen Gesetz das «Netto-Null-Ziel» verankert werden. Die Umsetzung wird den Verbrauch im Winter exorbitant ansteigen lassen. Denn Herr und Frau Schweizer müssen ihre einwandfrei funktionierenden Öl- und Gasheizungen rausreissen. Ein höchst verantwortungsloses Unterfangen, wenn man bedenkt, dass die Stromversorgung bereits heute massiv gefährdet ist und der Bund für 500 Millionen Franken Ölkraftwerke (!) per Notrecht baut. Der neue Energieminister Albert Rösti wird uns vorrechnen müssen, wie viele neue KKW's für die Umsetzung des Stromfresser-Gesetzes nötig werden.

Angriff auf den Verbrennungsmotor

Hätte man nicht das KKW Mühleberg voreilig ausser Betrieb genommen, stünde heute für einen Zehntel der Kosten aller Notfallmassnahmen fast doppelt so viel sauberer Winters-

trom zur Verfügung. All diese Tatsachen zeigen, wie kopflos und gefährlich die Mitte-Links-Energiepolitik noch immer



Das neue Energiegesetz wird der Kaufkraft der Schweizer Bürgerinnen und Bürger und den Unternehmen einen tödlichen Schlag versetzen. Die Rechnungen für Heiz- und Energiekosten werden massiv steigen. Die Kosten für Benzin ebenfalls. Diese Katastrophe wird nicht nur die Familien treffen, sondern auch die Unternehmen, die alle ihre Preise erhöhen müssen.

agiert. Zur Umsetzung des Stromfresser-Gesetzes wird der Bund den Verbrennungsmotor und sämtliche Öl- und Gasheizungen verbieten müssen. Auch die Folgen für den Tourismus oder die Wirtschaft werden einschneidend sein, denn sowohl der internationale Flugverkehr als auch die Industrie werden verbleibende Ausstösse mittels enorm teurer und ineffizienter Negativemissionstechnologien kompensieren müssen.

Wann platzt die Schweiz?

Unsere Bevölkerungsexplosion ist primär auf die Zuwanderung zurückzuführen. Der Wohlstand der einzelnen Bürger stagniert, die Lebensqualität sinkt, die Stromversorgung ist gefährdet.



von Thomas Matter
Nationalrat
Meilen (ZH)

Wenn wir die über 100'000 Papierlosen dazurechnen, hat die Schweiz die Neun-Millionen-Grenze bereits überschritten. Als mein Grossvater 1895 geboren wurde, lebten in unserem Land noch 3 Millionen Einwohner. 1966, im Jahr meiner Geburt, waren es 5,86 Millionen. Nach gut 15 Jahren voller Personenfreizügigkeit mit der EU ist jedem vernünftig Denkenden klar: Die Personenfreizügigkeit schadet der ganz grossen Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer.

Der Fachkräftemangel ist nicht kleiner, sondern immer grösser geworden. Es handelt sich um eine Endlosspirale: Je mehr Leute kommen, desto grösser wird der Fachkräftemangel. Das Wohnen wird immer teurer, die Krankenkassenprämien immer unbezahlbarer, die Selbstversorgung wird immer illusorischer, der Strom immer knapper – genau wie der Schulraum, die Lehrerschaft, die Verkehrsfläche, das Pflegepersonal. Aktuell lesen wir sogar, dass unsere Spitäler auch ohne Covid am Anschlag sind. Auch die CO₂-Ziele können wir so kaum erreichen.

Probleme wegen Personenfreizügigkeit

Gleichzeitig wächst wegen der falschen Zuwanderungspolitik der Wohlstand des Einzelnen praktisch nicht mehr. Von 1945 bis und mit 2001 – also vor Einführung der Bilateralen I – betrug das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in der Schweiz durchschnittlich 2 Prozent. Notabene ohne Personenfreizügigkeit! Seit Ein-

führung der vollen Personenfreizügigkeit Mitte 2007 hat das Wachstum pro Kopf stagniert. Und die Lebensqualität hat eindeutig abgenommen.

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist der Fahrzeugpark um 40 Prozent gewachsen. Jahr um Jahr fahren 50'000 zusätzliche Autos auf unseren Strassen. Dementsprechend haben sich die Stautunden vervierfacht. Auch die Strommangellage hat massgeblich mit der Bevölkerungsexplosion zu tun. Als die SVP warnte, dass die Energiestrategie 2050 nicht funktionieren würde und wir in Zukunft kalt duschen müssten, hat man uns ausgelacht. Diesen Winter kommen wir wahrscheinlich gerade noch mit einem blauen Auge davon, aber im nächsten Winter wird es schwierig. Die SVP fordert eine sichere, zuverlässige und kostengünstige Energieversorgung. Bei einer explodierenden Bevölkerung kann das aber nicht funktionieren.

Sommarugas schlechter Witz

Bei ihren Energieperspektiven sind die Spezialisten des Bundes noch von 8,98 Millionen Einwohner per 2050 ausgegangen. Heute, 27 Jahre früher, haben wir diese Zahl bereits über-

schritten. In dieser Energiestrategie finden wir auch viele andere schöngefärbte Zahlen und Argumente. Allein die Nettozuwanderung von 2001 bis 2019 hat zu einem Strommehrbedarf von 7,3 Terawattstunden geführt – das entspricht ungefähr der Produktion des AKW Gösigen. Seit der Personenfreizügigkeit (2002) gibt es 700'000 Haushalte mehr in der Schweiz. Allein die Netto-Zuwanderung des Jahres 2022 frisst 1,34 Milliarden Kilowattstunden Strom. Da klingt es wie ein schlechter Witz, wenn uns die ehemalige Bundesrätin Sommaruga erzählt hat: «Jede Kilowattstunde zählt.» Denn offenbar gilt dies nicht bei der Zuwanderung.

Inserat



Umsetzer – nicht nur Berater!

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Eine Auswahl unserer Dienstleistungen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign



Anian Liebrand
Inhaber und
Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch



David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

Politagentur.ch GmbH, Postfach, 6110 Wolhusen LU

Es kommen zu viele Ausländer – und die falschen

Unser Land zählt bereits rund 9 Millionen Einwohner. Davon sind über ein Viertel Ausländer – Tendenz trotz Masseneinbürgerungen steigend. Die Schweiz gerät durch die Masseneinwanderung an den Rand des Kollapses. Ihre Werte lösen sich auf wie ein Stück Zucker im Wasser.



von Andreas Glarner
Nationalrat
Oberwil-Lieli (AG)

Seit 1995 ist unsere Bevölkerung um 2 Millionen Menschen angewachsen. Davon zwei Drittel alleine in den letzten 15 Jahren. Rund die Hälfte dieses Zuwachses sind Ausländer – in Tat und Wahrheit sind es aber noch viel mehr.

Man versucht, dieses Problem durch eigentliche Masseneinbürgerungen zu kaschieren. In den letzten 10 Jahren wurden nämlich fast 400'000 Ausländer zu Schweizern gemacht. Rund 20 Prozent der Eingebürgerten stammen aus der Türkei und dem Balkan. Diese Personen sind oft mehr schlecht als recht integriert – teilweise lehnen sie unsere Sitten, Gebräuche und unsere Werte rundweg ab.

Übersetzer für Schweizer Bürger

Die Folge: Immer mehr müssen Amtsstellen, Gerichte und Spitäler Übersetzer auch für Schweizer Bürger beiziehen und berappen. Dabei sollte doch der Pass der Abschluss einer gelungenen Integration sein.

Integration ist eine Frage der Menge. Man erzählt Ihnen, im 2021 seien «nur» rund 67'000 gekommen. Das stimmt zwar, aber das ist bloss der Nettosaldo zwischen allen, die gegangen sind, und jenen, die gekommen sind. Es sind nämlich 74'000 bestens Integrierte nach Hause gegangen – effektiv gekommen sind über 141'000. Und die müssen alle integriert werden...

Auch der Zuwachs der Bevölkerung mit muslimischem Glauben macht uns grosse Sorgen. So werden Kinder in den Schulen angehalten, ebenfalls den Ramadan zu feiern – Schweinefleisch wird den Muslimen zuliebe vom Speiseplan jedes Schulanlasses verbannt. Kein Wunder: Es leben inzwischen rund 500'000 Muslime in unserem Land – davon tragen per 31.12.2021 über 10'000 den Namen Mohammed (oder Abweichungen davon).

Viermal höhere Zuwanderung als in der EU

Wir müssen uns die Verhältnisse vor Augen führen: Die Schweiz weist eine fast viermal so hohe Zuwanderung wie der EU-Durchschnitt auf. Im Rahmen der Personenfreizügigkeit kommen angeblich «Fachkräfte». Interessant ist aber, dass rund zwei Drittel aller Arbeitslosen angeben, in einer Fachfunktion gewesen zu sein. Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte. Im 2020 hatte die Schweiz rund 10'000 Arbeitslose im Gastgewerbe zu verzeichnen. Trotzdem kamen über 4'000 Personen ins Land, welche im Gastgewerbe eine Stelle suchten.

40'054 kamen im 2021 als Familiennachzügler, ohne Erwerbstätigkeit oder gar ohne Angabe von Gründen zu uns.

Alleine 2022 wurden an unseren Grenzen 52'077 rechtswidrige Aufenthalte festgestellt. Dies sind rund fünfmal mehr als noch 2021, und das dürfte trotzdem nur die Spitze des Eisbergs sein,



Die Schweiz hat eine viermal höhere Zuwanderung als die EU. Zu viele Zuwanderer und illegale Überquerer jedes Jahr die Grenze und verursachen zahlreiche Probleme.

denn ernsthafte Grenzkontrollen dürfen wir seit dem Beitritt zum Schengen-System ja keine mehr machen.

Fazit: Die Probleme der Massenzuwanderung zeigen sich an allen Fronten.

Sei es bei den explodierenden Mietzinsen, beim überlasteten öffentlichen Verkehr, den Megastaus auf den Autobahnen oder beim Energieverbrauch. Besonders schlimm wirkt sich die Massenzuwanderung dort aus, wo es kaum jemand sieht: An unseren Schulen, wo nun bald die verbleibenden paar Schweizer Kinder integriert werden müssen – statt umgekehrt.

Importierte Gewalt gegen Frauen

Letztes Jahr waren rund 60'000 Personen im Asylprozess. Über 60 Prozent von ihnen sind junge Männer meist aus Afghanistan, Syrien, der Türkei und Marokko. Bei Einreichung des Asylantrags sind sogar 85 Prozent Männer. Die zahlreichen Probleme sind programmiert. *Von Martina Bircher, Nationalrätin, Aarburg (AG)*

Diese zahllosen Asylbewerber sind meist in fremden Kulturen aufgewachsen, welche ein ganz anderes Frauenbild haben. Dies ist mit unserer offenen, liberalen und gleichberechtigten Kultur nicht vereinbar. Deutlich werden die Kulturunterschiede an unseren Schulen sichtbar. Die Lehrerinnen können sich nicht mehr durchsetzen, weder bei den jungen Burschen noch bei deren Vätern. Die Asylanten verweigern den Handschlag oder die Eltern das Gespräch, weil die Lehrerin eine Frau ist. Die Mädchen wollen sie weder ins Klassenlager noch in den Schwimmunterricht schicken.

Immer mehr Zwangsheiraten

In vielen Fällen ist der Ehemann schon in Kindesjahren vorherbestimmt, jährlich werden in der Schweiz 350 Zwangsehen gemeldet, die Dunkelziffer wird wohl massiv höher sein. Selbst die Leiterin der Fachstelle Zwangsheirat schlägt

Alarm: Generell sei Zwangsheirat «keine versteckte Realität mehr», mahnt sie. «Zuletzt hatten wir zwischen 300-350 Fälle pro Jahr – darunter auch Zwangsverlobungen und -verheiratungen von Personen unter 18 Jahren. Das sind in der Schweiz leider keine Randphänomene mehr.»

Parallelgesellschaften in der Schweiz

Damit nicht genug. Auch Genitalverstümmelungen sind in der Schweiz verbreitet. So sind schätzungsweise über 20'000 Frauen und Mädchen davon betroffen. Wie respektlos junge Migranten mit Frauen und Mädchen umgehen, zeigten auch die wiederholten massiven Übergriffe in den Silvesternächten von Köln bis Berlin. In der Horrornacht von Köln 2015/16 wurden rund 1200 Strafanzeigen erstattet!

Wer meint, in der Schweiz sei es besser, irrt. Erst kürzlich machte ein albanischer Clan

aus Mouttier (BE) Schlagzeilen. Der Vater und seine Söhne hielten vier Frauen über Jahre hinweg wie Sklavinnen. Der Richter attestierte den Männern, dass sie ein völlig veraltetes, engstirniges Frauenbild hätten. Die Männer stünden alle unter dem Einfluss der Traditionen ihres Heimatlandes. Die Familie lebt nach dem mittelalterlichen albanischen Gewohnheitsrecht des Kanun. Obwohl die Söhne in der Schweiz aufgewachsen sind, leben sie ihr ganzes Leben in einer Parallelgesellschaft mitten unter uns.

Fatal ist: Die Gerichte schützen oft lieber nichtintegrierte Migranten als die Grundrechte von uns Frauen. Auch der Aufschrei der linken Feministinnen bleibt regelmässig aus, wie immer, wenn es um Frauengewalt und Unterdrückung geht, die von Migranten ausgeht.

GOAL GLOSSAR

 **Kampagne**

Kampagne
<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Schneeballsystem «Integration»

Wir bewegen uns in Riesenschritten Richtung 10-Millionen-Schweiz. Viele Zuwanderer sind unfähig, zu arbeiten und sich an einfache Regeln zu halten. Davon profitiert die Integrationsindustrie – auf Kosten der Steuerzahler.



von Barbara Steinemann
Nationalrätin
Regensdorf (ZH)

In der Theorie reguliert die Wirtschaft die Zuwanderung selbst. Doch das ist eine Illusion. Längst nicht jeder, der sich neu in unserem Land niederlässt, lässt sich in den Arbeitsmarkt integrieren: Mangelnde Sprachkenntnisse, kulturelle Distanz oder fehlende Ausbildung und Arbeitsmoral machen Nachqualifizierungen notwendig. Und der Bundessteuerzahler subventioniert das Problem immer üppiger. Die 18'000 Franken pro Flüchtling, vorläufig Aufgenommenen und Ukrainer reichen nirgendwo hin, das weiss jeder, der in einer Gemeinde arbeitet. Also kommt zusätzlich zu den mittlerweile fast 600 Millionen vom Bund eine ähnlich hohe Summe von Kantonen und Gemeinden hinzu.

Boomende Integrationsindustrie

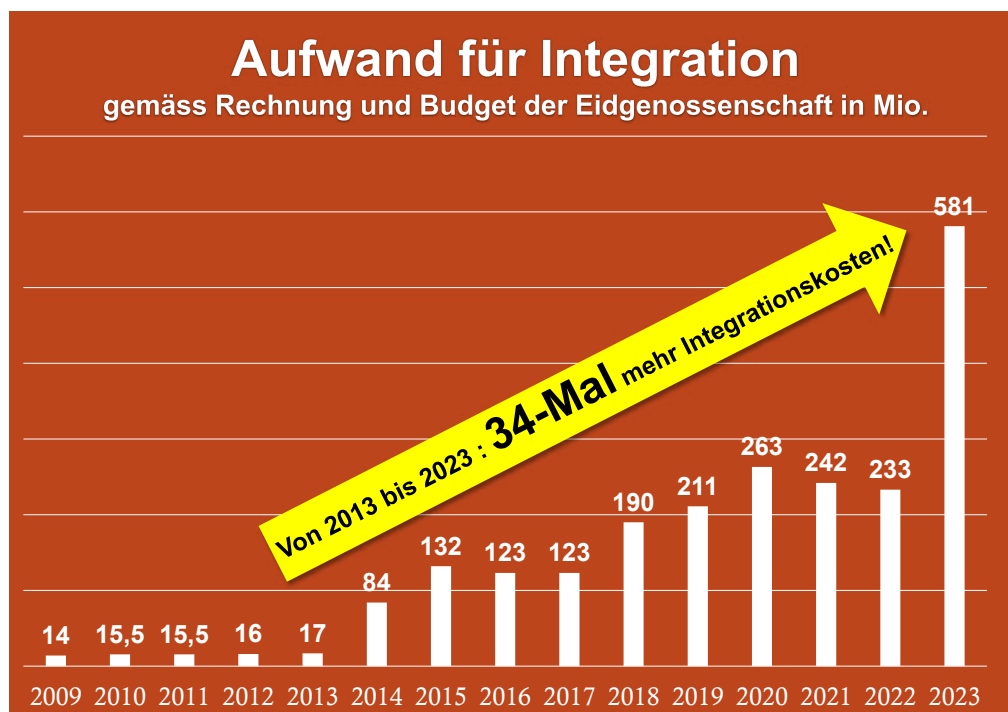
Um die bildungsfernen Einwanderer hat sich eine ganze Industrie formiert, die von deren Defiziten lebt: Alphabetisierungs- und Deutschkurse, Bewerbungskurse, Begleitung auf Stellensuche, Belastbarkeitstrainings, Potentialabklärungen, Praktika, «Beratung in Kulturfragen», Coachings – damit die Zuwanderer eigentlich Selbstverständliches wie Pünktlichkeit, anständigen Umgang oder Sauberkeit lernen.

Nicht nur Personen aus dem Asylbereich müssen sich «Ressourcen» für den Arbeitsmarkt aneignen, sondern insbesondere auch die Familiennachzügler im Rahmen der Personenfreizügigkeit. Ohne Staatskrücke schaffen viele den Einstieg in eine Berufslehre nicht. Zur Einordnung: Allein 2021 wanderten

brutto 40'054 Personen unter dem Titel «Familiennachzug» ein, davon mehr als die Hälfte aus Drittstaaten.

Für die lokale Verwaltung ist diese Aufgabe gar nicht selbst zu bewältigen. Also wird sie ausgelagert, und hier öffnet sich das grosse Feld der Integrations- und Migrationsindustrie. Zu deren Profiteuren zählen nicht nur die Hilfswerke wie HEKS oder Caritas. Auch unzählige kleine Firme – als AG, GmbH, Stiftungen oder Vereine organisiert –

gramm «Recycling» arbeiten darf, zahlt die Allgemeinheit monatlich 2'850 Franken. Eine andere Firma hat sich auf Coaching und Hilfe für arbeitslose Migranten spezialisiert und bietet für 5'340 Franken eine «engmaschige Begleitung bei Stellensuche» während sechs Monaten an. Der Alphabetisierungskurs im Raum Zürich kostet 1'350 Franken pro Monat. Beratung, Praktikumsvermittlung oder «Tagestruktur aufbauen» und dergleichen sind ab 120 bis 160 Franken die Stunde zu haben. Dreijährige Gastro-Lehren für Flüchtlinge mit Praktika und



Seit 2013 verursacht die katastrophale Integrationspolitik horrenden Kosten, die 2023 auf eine halbe Milliarde Franken ansteigen werden. Es sind die Steuerzahler, die diese Integrationsindustrie finanzieren.

steigern dank integrationsdefizitärer Masseneinwanderung kräftig ihren Shareholder Value.

Teure Kurse auf Kosten der Steuerzahler

Ein paar Beispiele: Damit ein Zuwanderer 80 Prozent im Basisbeschäftigungspro-

Schulung, für die nur ganz wenige infrage kommen, kosten 38'000 Franken pro Jahr.

Neuerdings wird auch in der Sozialindustrie ein Fachkräftemangel beklagt. Und wo holt man die neuen Sozialarbeiter und Integrationsberater her? Auch hier dreht sich also die Spirale.

Keine Asylverfahren mehr in der Schweiz!

Immer mehr Asylgesuche, immer mehr illegale Migranten: Unsere Asylgesetzgebung ist den heutigen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Ein Systemwechsel ist unumgänglich, um die Migrationsströme unterbrechen zu können.



von Gregor Rutz
Nationalrat
Zollikon (ZH)

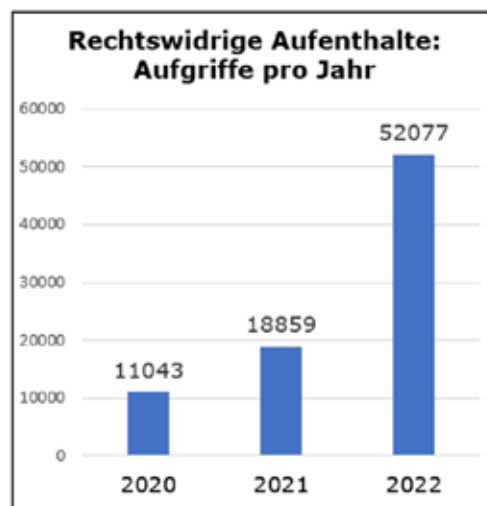
Die Situation ist dramatisch: Letztes Jahr verzeichnete der Bund 24'500 Asylgesuche für 2023 könnten es bis zu 40'000 Gesuche sein. Sodann halten sich derzeit rund 65'000 Ukrainer mit dem Status S in der Schweiz auf. Die Asylinfrastrukturen des Bundes, aber auch der Kantone platzen aus allen Nähten. Mit Luzern und dem Aargau haben bereits zwei Kantone den Asylnotstand erklärt.

In Bundesbern werden die Probleme nach wie vor unter den Teppich gekehrt. Man will nicht über die Ursachen der Migrationsströme reden, sondern fragt sich, wie die Bettenkapazitäten erhöht und neue Unterkünfte organisiert werden können. Die Situation gerät zusehends ausser Kontrolle.

Kriminalität und Unsicherheit

Über 52'000 illegale Einwanderer wurden 2022 an den Schweizer Grenzen verhaftet. Sie stammen vor allem aus Afghanistan und Marokko. Die Zahl der Illegalen hat sich seit 2020 mehr als vervierfacht. Das Ausländergesetz stellt rechtswidrigen Aufenthalt und rechtswidrige Einreise in die Schweiz unter Strafe. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen werden aber keine Strafverfahren angestrengt. Man ist froh, wenn die Migranten weiterziehen.

Auch die Asylpolitik der EU ist gescheitert, die Migration ist völlig unkontrolliert. Von der ungeschützten Schengen-Aussengrenze profitieren skrupellose Schlepper und Menschenhändler. Gewisse Mittelmeerländer registrieren nur einen Teil der Zuwanderer oder weigern sich, sie zurückzunehmen, sodass Migranten



Die Asylpolitik ist nicht mehr geeignet, um die Herausforderungen der illegalen Einwanderung in die Schweiz zu lösen. Innerhalb von zwei Jahren hat sich die illegale Einwanderung vervierfacht!

ungehindert nach Mittel- und Nordeuropa weiterreisen können. Italien hat die Rückübernahmen aufgrund von Überlastung wieder einmal ausgesetzt. Alles Verstösse gegen den Dublin-Vertrag. Dies ist mit ein Grund dafür, dass bereits zwei Kantone den Asylnotstand ausrufen mussten.

Es kommen zu viele und die Falschen

Auch ohne Asylgrund kann man heute auf dem Asylweg in die Schweiz

einwandern. Fast zwei Drittel der Asylgesuche werden abgelehnt. Ein negativer Entscheid bedeutet aber nicht, dass der Betroffene die Schweiz verlassen muss, sondern führt meistens zu einer vorläufigen Aufnahme. Der Gesuchsteller kann so fast immer in der Schweiz bleiben. Heute zählen wir rund 45'000 vorläufige Aufgenommene in unserem Land.

Hinzu kommen wohl über 100'000 illegal Anwesende («Sans Papiers»), welche die linksgrünen Parteien am liebsten auch legalisieren möchten. Wer einmal hier ist, bleibt hier – so lautet das einfache Fazit aus unserem Asylchaos.

Systemwechsel unumgänglich

So kann es nicht weitergehen. Der einzige vernünftige Weg ist, die Asylverfahren auszulagern, die Hilfe vor Ort zu verbessern und die Entwicklungshilfe generell neu auszurichten. Nur wenn es gelingt, vor Ort zu helfen und Perspektiven zu schaffen, können die Migrationsströme unterbrochen werden. Es macht keinen Sinn, dass junge Männer zu Tausenden die weite Reise über mehrere Kontinente antreten. Sie müssen wissen, dass sie mit einem Asylgesuch in Europa keinen Erfolg haben.

Die Asyldpartnerschaft, welche Grossbritannien mit Ruanda aufbaut, aber auch die Bemühungen von Österreich und Dänemark, die Asylverfahren an die Schengen-Aussengrenze zu verlegen, sind Grund genug, dass auch der Bundesrat endlich entsprechende Massnahmen prüft.

Steuern in der Schweiz sichern

Im Juni stimmen wir über die Einführung der OECD-Mindeststeuer ab. Damit bleiben die Steuereinnahmen der Grossunternehmen in der Schweiz. Die höheren Steuergelder fliessen hauptsächlich zu den Kantonen, wo sie für die Verbesserung der Standortqualität verwendet werden.



von Magdalena
Martullo-Blocher
Nationalrätin
Lenzerheide (GR)

Die OECD-Steuerreform verlangt, dass international tätige Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro mit einem Steuersatz von mindestens 15% besteuert werden. Darauf haben sich 140 Länder geeinigt. Hält ein Land sich nicht daran, dürfen die anderen Länder die fehlende Steuer einfordern.

In der Schweiz sind 2000 international tätige Unternehmen betroffen. Sie werden neu höher besteuert. Für die 600'000 rein national tätigen kleineren Unternehmen ändert sich nichts. Damit

die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Schweiz bleiben und die betroffenen Unternehmen vor Zugriffen aus dem Ausland geschützt sind, wollen Bundesrat und Parlament die Mindeststeuer auch in der Schweiz umsetzen. Volk und Stände stimmen voraussichtlich am 18. Juni 2023 über die Vorlage von alt Bundesrat Ueli Maurer ab.

Schweiz muss wettbewerbsfähig bleiben

Die Mindeststeuer verpflichtet die Kantone, ihre Steuersätze für Grossfirmen zu erhöhen. Die Bundessteuer bleibt unverändert. Deshalb kommen die zusätzlichen Steuereinnahmen zu drei Vierteln den Kantonen und zu einem Viertel dem Bund zu.

Mit der Erhöhung der Steuern verschlechtert sich in den Kantonen die Stand-

ortqualität für die Grossfirmen. Dank ihnen konnten der Bund und die meisten Kantone in den letzten Jahrzehnten stark wachsende Steuereinnahmen generieren. Die Schweiz muss weiterhin wettbewerbsfähig bleiben, trotz höchster Löhne, einem kleinen Absatzmarkt und hohen Logistikkosten. Deshalb sollen die Kantone den grössten Teil der zusätzlichen Steuern bekommen, damit sie massgeschneiderte Standort-Verbesserungen beschliessen können.

Druck aus dem Ausland

Mit der Vorlage verlieren die Kantone leider wieder einen Teil ihrer Steuerhoheit im internationalen Umfeld. Wir von der SVP bedauern dies. Wie bereits bei der Unternehmenssteuerreform zwingt uns das Ausland dazu, weil sonst andere Länder diese Steuern bei unseren Firmen erheben.

DAMIT DAS GELD IN DER SCHWEIZ BLEIBT!

- Keine Steuergeschenke ans Ausland
- Schweizer Unternehmen sollen ihre Steuern weiterhin vollumfänglich in der Schweiz bezahlen

OECD-Mindeststeuer **JA**
für multinationale Unternehmen

Mehr erfahren und Dein Statement eintragen: oecd-mindeststeuer-ja.ch

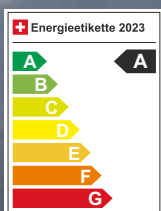
Die Einführung der OECD-Mindeststeuer fordert die Kantone. Ich bin aber überzeugt, dass sie die Herausforderung meistern und attraktiv bleiben. Denn hier geht es wirklich ums Eingemachte, um die Finanzierung, viele Arbeitsplätze und Investitionen – nicht nur beim Bund, sondern vor allem in den Kantonen. Stimmen wir deshalb am 18. Juni 2023 der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer zu!



10 JAHRE
GARANTIE &
ASSISTANCE

TOYOTA bZ4X

100% elektrisch. 100% 4x4.



bZ4X Premium AWD 6,6 kWh OBC, 160 kW/218 PS, Ø Verbr. 18,1 kWh/100 km, CO₂ 17 g/km, En-Eff. A. Zielwert Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle 129 g/km. Gemäss Prüfzyklus WLTP. Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie und Assistance oder 185'000 km ab 1. Immatrikulation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.